

Vom Schließer zum Ansprechpartner

Die Gefängniswärter sollen im Zentrum der Strafvollzugsreform stehen

Im einst für maximal 550 Häftlinge gebauten Centre pénitentiaire de Schrassig sind derzeit (16.03.2010) 645 Gefangene untergebracht; 30 davon sind Frauen. Wobei die Zahl der Untersuchungshäftlinge (326) die der Verurteilten (283) übertrifft. 28 Flüchtlinge befinden sich in Schrassig in Abschiebehaf und acht Jugendliche sind dort in der »Section disciplinaire« untergebracht. Wegen der chronischen Überbelegung des Mitte der achtziger Jahre eröffneten Gefängnisses soll bis 2017 ein zweites für Untersuchungshäftlinge in Sanem errichtet werden. Erst dann, so Justizminister François Biltgen am Mittwoch, könne die vom Schweizer Fachmann Hans-Jürg Bühlmann mitvorbereitete Strafvollzugsreform voll greifen.

Vor der Pressekonferenz mit Bühlmann hatte Biltgen sein Reformkonzept bereits in der parlamentarischen Justizkommission vorgestellt, wo er »in allen Reihen auf Zustimmung gestoßen« sei. Bevor er das Gesetzespaket in diesem Herbst auf den Instanzenweg schicke, wünsche er sich eine Orientierungsdebatte in der Chamber – »möglichst noch vor den großen Ferien«. Bis Jahresende soll das Paket gestimmt sein.

Wie von Ombudsmann Marc Fischbach gefordert, soll eine dem Justizministerium unterstellte Administration pénitentiaire geschaffen werden, die sich laut Bühlmann »um das Gefangenenmanagement, den Personalbereich und die Ausbildung der Voll-

zugsbeamten« kümmern soll, während die »Kernaufgaben« bei der Generalstaatsanwaltschaft verbleiben sollen.

Während Biltgen zufolge »keinerlei Abstriche bei der Sicherheit« gemacht werden, so soll der Resozialisierungsaspekt künftig stärker in den Vordergrund treten und wenn möglich soll ein Täter-Opfer-Ausgleich angestrebt werden. Indem man einem Entlassenen dabei helfe, »seine drei neuen Probleme – Woher bekomme ich eine Wohnung? Wo bekomme ich etwas zu essen? Was soll ich mit meinem Tag anfangen? – zu lösen«, so erhöhe man die »Sicherheit nach dem Gefängnis«, erklärte Biltgen. Vor allem den derzeit 228 Gefangenen, die wegen Drogendelikten in Schrassig einsitzen, müsse geholfen werden, »damit sie nicht rückfällig und im schlimmsten Fall wieder kriminell werden«.

Zu diesem »proaktiven« Ansatz gehöre aber auch »eine gewisse Normalisierung im Gefängnis«, wozu Biltgen neben einer bereits mit dem Gesundheitsminister abgeklärten Aufhebung des Rauchverbots in den Zellen die Aufnahme der Gefangenen in die Sozialversicherungen zählt. Auch das bisher recht dürftige Angebot an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten während der Haft soll erweitert werden und um den Entlassenen ihre Rechte und Pflichten genau aufzuzeigen, soll ein schriftlicher Vertrag mit ihnen abgeschlossen werden.

Im Zentrum der umfassenden

Reform des Strafvollzugs sollen die Gefängniswärter stehen, die sich laut Biltgen »vom reinen Schließer zum Ansprechpartner für die Gefangenen« entwickeln sollen, indem sie schon in der Ausbildung besser psychologisch geschult werden. Je nach Bauweise rechnet Bühlmann mit einer Personalaufstockung um 250 bis 300 Vollzeitstellen, um das geplante

Untersuchungsgefängnis für 400 Insassen betreiben zu können. Wenn das neue Gefängnis, das auf »Urschterhaff« gebaut werden soll, fertig ist, soll die Gefangenenzahl in Schrassig auf 300 gesenkt werden, was es ermöglichen würde, »Gefangene mit einem hohen Sicherheitsbedarf« von weniger gefährlichen zu trennen.

oe



Justizminister François Biltgen zusammen mit seinem Schweizer Berater Hans-Jürg Bühlmann